

Siegfried Schwarz

## Dramatisierung deutscher Außenpolitik

„Was aber ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages.“  
(Goethe, Maximen und Reflexionen)

Gunther Hellmann bemerkt in seiner Einladung zum Streit selbst, dass seine zugespitzten Ausführungen das „Risiko der Dramatisierung“ in sich trügen. Aus seiner These einer „machtpolitischen Resozialisierung“ deutscher Außenpolitik folge noch nicht, so räumt er ein, dass ein „Rückfall in alte innereuropäische Großmachtrivalitäten oder ein Zerfall der Europäischen Union“ drohe. Mit seiner zögernden Einschränkung relativiert Hellmann ein wenig seine zu Beginn des Aufsatzes beschworenen „düsteren Visionen“. Dennoch können solche Einschübe nicht die an einigen Stellen – vorsichtig ausgedrückt – einseitig übertriebenen Sichten auf die deutsche Außenpolitik verdrängen.

Erstens: Sein pauschaler Vorwurf einer betriebenen „Machtpolitik“ der deutschen Regierung verlangt nach Differenzierung. Zwar gibt es unübersehbar Intentionen und Fernziele bestimmter *Gruppen* und *Exponenten* in Politik und Wissenschaft (auch manche Züge der praktizierten Außenpolitik), die nicht tolerierbar sind. Solche Tendenzen deuten sich beispielsweise an, wenn verkündet wird, die Ereignisse der Jahre 1989/90 hätten die Bundesrepublik „gleichsam über Nacht wieder in die Rolle einer kontinentalen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht katapultiert“ (Gregor Schöllgen), oder wenn man die These vernimmt, Deutschland müsse nach 1990 dank geographischer Lage, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und kultureller Ausstrahlung, dank Größe und immer noch vorhandener Dynamik „die Aufgabe einer Zentralmacht Europas wahrnehmen“ (Hans-Peter Schwarz). Angesichts derartiger Ansprüche und auch fragwürdiger Schritte in der praktischen Außen- und Sicherheitspolitik muss der Einsatz deutscher *militärischer* Machtmittel am Hindukusch ebenso abgelehnt und verurteilt werden wie der neuerdings propagierte „Griff nach Afrika“ unter Berufung auf den Kampf gegen den Terrorismus.

Dennoch existieren noch immer Grundlagen, Kräfte und Leitlinien, die vornehmlich einer „Zivilmacht“ zuzuordnen sind, auch dann, wenn die diesbezüglichen Fundamente deutscher Außenpolitik an „Orientierungskraft, Bindewirkung und Gewicht“ zu verlieren scheinen (Hanns W. Maull). Jedenfalls ist die über-

\* Prof. Dr. phil. Siegfried Schwarz, Berlin.

pointierte Betonung und Generalisierung des Vorwurfs der „Machtpolitik“ zumindest überhöht und könnte in der vorgetragenen Diktion den Eindruck erwecken, wir stünden gleichsam wie unter Wilhelm II. im Vorhof einer Situation ähnlich derjenigen am Beginn des 20. Jahrhunderts (was der Verfasser sicher nicht beabsichtigt hat). Der Kern des Problems liegt also vielmehr in Angriffen und Erosionsversuchen – namentlich rechtskonservativer Eliten und ihnen nahe stehender anderer Kreise – gegen die lange verteidigte Zivilgesellschaft, jedoch nicht in einer *bereits umgemodelten* Zivilmacht, die nunmehr *um jeden Preis* und *mit aller Kraft* bemüht wäre, wiederum „Weltpolitik“ durch das Ausspielen von militärischer Macht zu zelebrieren.

Zweitens: Einem erheblichen Vorwurf kann sich der Autor der Thesen nicht entziehen, nämlich dem Einwand der isolierten, selektiven Betrachtungsweise einer vorwiegend *nationalen* deutschen Außenpolitik in der Welt von heute. Wie allgemein bekannt, hat die Interdependenz fast aller Lebensbereiche auf dem Kontinent einen Grad erreicht, der es einem einzelnen europäischen Staat nicht mehr gestattet, seine jeweilige „Macht“ und „Größe“ nahezu separat zu erreichen und in praktischen Einfluss umzusetzen. Wer könnte in einer – im Vergleich zur Vorkriegszeit – „so radikal veränderten Umgebung noch die alte Außenpolitik der europäischen Kabinette“ (Ernst-Otto Czempiel) betreiben? Welche Regierung könnte und wollte sich dem entstandenen Bündnis- und Beziehungsgeflecht der Europäischen Union entwinden und eine Hasardpolitik der Einzelmacht und der „einsamen“ Entschlüsse verfolgen?

Einseitige außenpolitische Schritte zur „machtpolitischen Resozialisierung“ der Deutschen, die gar das Gleichgewicht der Mächte in Europa verändern würden, verstießen krass gegen den vereinbarten engen Konsultationsmechanismus mit Paris, London und anderen Zentren der EU. Diese würden eine einseitige militärische Machtentfaltung Deutschlands niemals reaktionslos hinnehmen, sondern von vornherein unterbinden. Das war gerade eines der Ziele, um derentwillen die Bundesrepublik nach 1949/1955/1963 in das europäische (und atlantische) Bündnisssystem einbezogen worden ist. Der kontinuierliche Wille sowohl der Franzosen als auch der Briten, dieses Element der Kontrolle gegenüber einer etwaigen dominanten deutschen Machtentfaltung in der Hand zu behalten und ihren eigenen besonderen, „höheren“ Rang in der Weltpolitik als Atommächte und Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der UN zu unterstreichen, gilt unverändert fort. Die vermutete (generelle) „machtpolitische Resozialisierung“ deutscher Außenpolitik stieße also *a priori* auf Barrieren, die für einseitige Vorgehensweisen zu hoch wären. Alle europäischen Staaten sind aufeinander angewiesen. Als jeweilige Einzelmacht wären sie, namentlich dem „Hauptverbündeten“ USA gegenüber, ohnmächtig. Das Eigeninteresse und die eingeschränkte Aktionsfähigkeit jeder einzelnen Macht in Europa zwingen sie zur gegenseitigen Abstimmung und Kooperation, auch zum Verzicht auf eine primär *nationale* „machtpolitische Resozialisierung“.

Drittens: Die These einer drohenden „machtpolitischen Resozialisierung“ deutscher Außenpolitik ist auch insofern angreifbar, da Deutschland als fester Bestandteil der EU in hohem Maße zugleich europäische Standpunkte vertritt. Es trägt dazu bei, ein objektiv heranwachsendes Machtzentrum EU in Rivalität und Auseinandersetzung mit der Hegemonialmacht USA zu stärken. Der Charakter eines solchen Machtzentrums sollte *zivilgesellschaftlich dominiert* sein, also auf seiner bedeutenden Wirtschaftskraft, auf sozialer Gerechtigkeit und kultureller Ausstrahlungsfähigkeit beruhen. Es sollte niemals der Versuchung erliegen, die Vereinigten Staaten von Amerika mit *militärischen Rüstungen* und Ambitionen beeindruckend, mit ihnen auf diesem kostspieligen Sektor gleichziehen zu wollen.

Deutsche Außenpolitik wird sich mittel- und langfristig dem objektiven Zwang stellen müssen, noch enger als bisher mit Paris und anderen EU-Zentren zu agieren, als Teil des „alten“ Kontinents gegen den immer gewaltiger werdenden Herrschaftsanspruch der USA aufzutreten. Das deutsche Zusammenrücken mit Paris, Brüssel und anderen während der Jahre 2002/2003 in der Auseinandersetzung um den amerikanischen Krieg gegen den Irak war nur ein „Präludium“ kommender Ereignisse und Entwicklungen im transatlantischen Verhältnis und damit in den internationalen Beziehungen der Zukunft. Warum Hellmann diesem *Vorboten* eines Ringens um eine Gegenmacht zum amerikanischen Giganten nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkt, ist unverständlich, zumal sich die transatlantischen Differenzen auch 2004 fortsetzen.

Diesem Trend der Zeit liegen tiefer greifende Prozesse zugrunde als nur Meinungsunterschiede über die Anwendung kriegerischer Gewalt gegen unliebsame Regime im Nahen oder Fernen Osten. Beiderseits des Atlantik haben seit langem voneinander abweichende Vorstellungen über Werte und Normen des menschlichen Zusammenlebens und des zwischenstaatlichen Umgangs an Gewicht gewonnen. Aus propagandistischen Gründen wurde während des Kalten Krieges, angesichts des Ost-West-Konflikts, eine „*Wertegemeinschaft*“ zwischen den westeuropäischen Ländern und den USA beschworen, und zwar in einer absoluten, übertriebenen Art und Weise, die allmählich Vorbehalte auf westeuropäischer Seite hervorrufen musste. Über die Jahrzehnte hinweg hat sich eine *Verschiedenartigkeit* der Wertevorstellungen herausgebildet, die viele Bereiche von Religion, Gesellschaft, Staat, Nation und Recht (Gret Haller) umfasst.

Auf der Grundlage nicht militärischer Kapazitäten, sondern ziviler Leistungen, Eigenschaften und Vorbilder sollten und werden die Europäer ihre Sicherheit vergrößern und einen von den USA abgesetzten eigenständigen Einfluss in der Weltpolitik ausüben können. Jedenfalls ist für Europa und damit auch für die deutsche Außenpolitik der „Unilateralismus der amerikanischen Megamacht inakzeptabel“ (Hubert Védrine).

Das alles verlangt natürlich Anstrengungen für eine Bündelung *ziviler* Machtfaktoren, die man jedoch nicht rundweg und überhöht als „machtpolitische Re-

sozialisierung“ bezeichnen kann. So sollte und wird die EU – langfristig betrachtet – zu einem seitens der USA ernst zu nehmenden *zivilgesellschaftlichen* „Machtzentrum“ (Charles Kupchan) heranwachsen. Die Alternative hierzu wäre, es den USA zu gestatten, die „Steuerung der Welt“ nach ihrem Bilde noch mehr, als sie es heute schon tun, endgültig zu überlassen.

Viertens: Gunther Hellmanns Plädoyer für einen „offensiven Idealismus“ überzeugt wenig. Angehängt als 13. und letzte These erzeugt seine knappe Erläuterung dieses Terminus eher Verschwommenheit als Klarheit. Der „offensive Idealismus“ würde – so seine Argumentation – nicht einen Weltstaat als „unvermeidlich“ ausweisen, wohl aber eine „grundlegende Transformation der Weltpolitik in den Bereich des Möglichen, Wünsch- und (zumindest langfristig) Realisierbaren rücken, in der nicht Großmächte mit ‚normalen‘ Außenpolitiken um Statusvorteile ringen, sondern große Demokratien sich als Agenten einer sich stetig ausbreitenden Idee des Regierens jenseits des Nationalstaates bewähren“. Im Großmachtalltag solle praktiziert werden „zu überzeugen statt zu drohen, einzubinden statt zu beherrschen, Partner zu gewinnen, statt Gegner in Schach zu halten“.

Es sei dahin gestellt, ob sich die Planer und Akteure des internationalen Terrorismus durch Überzeugungsversuche von ihren vorgefassten doktrinären Zielen und Praktiken abbringen lassen würden. Auch soll nicht näher erörtert werden, ob die „Einbindung“ eines Staates einen gravierenden Unterschied zu dessen „Beherrschung“ ausmacht. Wie ein halbwegs *praktikabler, ergebnisorientierter* Weg deutscher Außenpolitik „vom Sozialisanten der machtpolitischen Resozialisierung anderer zu einer der wichtigsten Sozialisierungsagenturen einer weltpolitischen (!?) Transformation“ gefunden und verwirklicht werden soll, wird dem Leser vorenthalten.

Selbst wenn wir für einen Augenblick die Utopien des (offensichtlich idealistisch motivierten und deshalb zu schätzenden) Verfassers zur Grundlage und zum Ausgangspunkt der Gestaltung von Außenpolitik in der Welt von heute (und auch von morgen) nähmen, wie sollte sie aussehen und wie praktiziert werden? Warum eigentlich widmet Hellmann seine Überlegungen lediglich der *deutschen* Außenpolitik, da doch Briten, Franzosen und andere allen Grund hätten, sich ähnliche Grundsätze zu Eigen zu machen? Angesichts der absehbaren Entwicklungen in der Weltpolitik müsste aus logischen Gründen – im Sinne der Thesen des Autors – ein *grundsätzliches* Um- und Neudenken nicht nur in der *deutschen* Außenpolitik (wie der Titel des Aufsatzes verlangt), sondern in fast *allen* Staaten und bei sonstigen Akteuren in den internationalen Beziehungen gefordert werden.

Fünftens: Bevor man jedoch die utopischen Weiten der Weltpolitik, gar der „weltpolitischen Transformation“ betritt, sollten sich Erörterungen, Konstrukte und Modelle auf kleinere Einheiten, etwa auf einen Kontinent konzentrieren, beispielsweise auf Gesamteuropa. Hier erwarten jeden Denker über außenpoliti-

sche Entwürfe genügend verzwickte Probleme, die es im Lebensinteresse vieler Völker zu entwirren und zu lösen gilt.

So verlangt gegenwärtig eine gewisse „Spaltung“ sicherheitspolitischen Denkens und außenpolitischen Verhaltens innerhalb der am 1. Mai 2004 abermals erweiterten Europäischen Union, nämlich die zwischen den Gründerstaaten der EU einerseits und den *newcomern* aus Mittelosteuropa andererseits, nach Schritten der Vermittlung. Bei der zuletzt genannten Gruppe von EU-Mitgliedern ist das Anlehnsbedürfnis an die Vereinigten Staaten erheblich, die Neigung zu Paris und Berlin indes wenig ausgeprägt. Allein schon eine Annäherung zwischen beiden Auffassungen *innerhalb einer Gemeinschaft* herbeizuführen, erfordert beträchtliche Investitionen nicht nur pekuniärer Art, sondern vor allem hinsichtlich außenpolitischer Phantasie und Integrationskraft.

Angesichts der Tatsache, dass der EU nunmehr 25 Staaten angehören, hat die Debatte über eine eventuelle Herausbildung eines „Kerneuropas“ innerhalb der Gemeinschaft *oder* ein fast gleichzeitiges Aufschließen *aller Mitglieder auf allen Sachgebieten* erneut eingesetzt. An dieser Stelle kann das Pro und Contra hierüber nicht vertieft werden, aber dem Beobachter drängt sich doch die Erkenntnis auf, dass ein Fast-Kontinent kaum über reale Möglichkeiten verfügen dürfte, mit *gleichzeitigen Schritten alle Problemfelder* erfolgreich zu „beackern“, also die der EU-Erweiterung innewohnende Ambivalenz zu meistern. Allein schon hier liegt ein enormes Aufgabenspektrum deutscher Außenpolitik für Jahrzehnte, für ihre Innovationsfähigkeit und ihre Gestaltungskraft zugunsten bleibender zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Ein nächstes schwieriges Problem für die deutsche und EU-Außenpolitik präsentiert uns die Sonderstellung Russlands im Staatensystem. Politisch-psychologisch durch den Zerfall der Sowjetunion und den Machtverfall des Kernlandes Russland zermürbt und erniedrigt, lebt das große Land in der ewigen Hoffnung auf eine Renaissance von Macht, Ansehen und Einfluss in Europa und in der übrigen Welt. Auf Betreiben der USA sind NATO und EU territorial an St. Petersburg und die russischen Stammlande herangerückt, sodass die Gefahr einer erneuten Trennung Europas, gar einer abermaligen Konfrontation zwischen Russland und den westlich determinierten Paktsystemen nicht ausgeschlossen erscheint.

Dies ist einer der vielen realen Gefahrenpunkte in der Weltpolitik; nur wie, auf welchem Wege könnte hier die Utopie eines „offensiven Idealismus“ deutscher Außenpolitik helfen und bewirken, die Gefahren zu minimieren und konstruktive Perspektiven zu eröffnen? Wie man es auch dreht und wendet, unabweisbar bleibt für die deutsche Außenpolitik die tatkräftige Inangriffnahme der „Forderung des Tages“.